



NIEDERSCHRIFT

**über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt Eschwege
am 24.06.2020**

Anwesend waren:

Vorsitzende/r

Herr Claus Hamp	
-----------------	--

CDU-Fraktion

Herr Lars-Henning Bartels	
Frau Leonie Bierent	
Herr Dr. Manfred Bödicker	
Frau Angelika Knapp-Lohkemper	
Herr Ortwin Ludwig	
Herr Dr. Hans-Henning Peters	
Herr Jörg Rüppel	
Frau Susanne Rüppel	
Herr Michael Schmidt	
Herr Stefan Schneider	
Frau Annegret Schröter	
Herr Klaus Wolf	

SPD-Fraktion

Herr Ramiz Arifi	
Herr Markus Claus	
Herr Alexander Feiertag	
Herr Stefan Fiege	
Herr Jörg Heinz	
Frau Gabriele Kniese	
Herr Joachim Lorchheim	
Herr Karl Montag	
Herr Thomas Reyer	
Frau Jacqueline Stolle	
Herr Marcus Stolle	
Frau Petra Strauß	

FWG-Fraktion

Herr Jochen Grüning	
Herr Jürgen Häcker	
Herr Andreas Hölzel	

Fraktion Die Linke

Herr Bernhard Gassmann	
Frau Erika Rebbig-Kosir	

FDP-Fraktion

Frau Jutta Thiele	
-------------------	--

Mitglieder des Magistrats

Herr Heinz-Jürgen Gathmann	
Herr Thomas Große	
Herr Alexander Heppe	
Frau Patricia Hölzel	
Herr Lukas Sennhenn	
Herr Theodor Sternal	
Herr Matthias Wenderoth	

Ortsvorsteher

Herr Georg Hofmann	
Herr Thomas Rehbein	

Schriftführer/in

Herr Volker Jatho	
-------------------	--

von der Verwaltung

Frau Rebecca Herzog-Meister	
Herr Alexander Unger	<i>(Beamtenanwärter)</i>
Frau Dorothea Jursch	<i>(Auszubildende)</i>

Stellv. Vorsitzende des Ausländerbeirates

Frau Evelina Tolpina	
----------------------	--

Entschuldigt:**CDU-Fraktion**

Herr Dennis Moneke	
Frau Elisa Rabe-Bartels	

SPD-Fraktion

Herr Knut John	
----------------	--

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Siegfried Fiegenbaum	
Frau Vanessa Grauer	

FDP-Fraktion

Herr Klaus Volkmar	
--------------------	--

Mitglieder des Magistrats

Herr Stefan Happel	
Frau Heidrun Ott	

Ortsvorsteher

Herr Rainer Bick	
Herr Walter Hoefel	
Herr Matthias Herzog	
Herr Wolfgang Werner	

Vorsitzende/r des Ausländerbeirates

Herr Washa Beroschwili	
------------------------	--

Beginn der Sitzung:**19:00 Uhr****Ende der Sitzung:****21:22 Uhr**

Herr Stv.-V. Hamp begrüßt alle Mandatsträger/-innen, Gäste und die Presse.

Anschließend gratuliert er allen Mandatsträgerinnen/Mandatsträgern, die seit der letzten Sitzung Geburtstag hatten.

Er weist darauf hin, dass zur Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde und die Hinweisbekanntmachung am 13.06.2020 in der Werra-Rundschau erfolgte. Außerdem stellt er fest, dass die Stadtverordnetenversammlung beschlussfähig ist.

Da von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen heute niemand anwesend sein kann, wurde vorher von Herrn Stv. Fiegenbaum gebeten, den „Antrag der Grünen-Stv.-Fraktion betr. städt Konzept für kulturelle Angebote in Eschwege“ von der heutigen Tagesordnung zu nehmen und auf die Tagesordnung der nächsten Stadtverordnetensitzung zu setzen.

Da niemand widerspricht, wird über die heutige Tagesordnung ohne den genannten Antrag abgestimmt.

Beschluss:

Der Tagesordnung wird in der geänderten Form zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Beschlossen

Ja: 31, Nein: ---, Enthaltungen: ---

Somit lautet die Tagesordnung wie folgt:

Folgende Tagesordnungspunkte wurden behandelt:

TOP	Titel	
11.	Antrag der FWG-Stv.-Fraktion betr. Resolution: „Keine weiteren Ausnahmen oder höhere Einleitungen für Salzabwässer in die Werra“	6
14.	Beteiligungsbericht der Kreisstadt Eschwege Berichtszeitraum: 2018	7
15.	Antrag der SPD-Stv.-Fraktion betr. Offenlegung der Gehälter in Eigenbetrieben	8
16.	Antrag der SPD-Stv.-Fraktion betr. Ausbau von Radwegeverbindungen	9
17.	Antrag der SPD-Stv.-Fraktion betr. jährliche Vorlage des Energieberichtes der Kreisstadt Eschwege	11
18.	Gemeinsamer Antrag der CDU-, FWG- und FDP-Stv.-Fraktion betr. Masterplan Jugend des Werra-Meißner-Kreises „Landei2020“	12
19.	Antrag der SPD-Stv.-Fraktion betr. Fahrradstraße in der Leuchtbergstraße	13
20.	Magistratsbericht	14
21.	Anregungen.....	20

11. Antrag der FWG-Stv.-Fraktion betr. Resolution: „Keine weiteren Ausnahmen oder höhere Einleitungen für Salzabwässer in die Werra“

Zuständiger Fachbereich: Fachbereich 3.2, Fachbereich 1.1

Herr Stv. Fiege trägt den Änderungsantrag aus der Sitzung vom 18.06.2020, der wie folgt lautet:

1. Die Hessische Landesregierung wird aufgefordert, ihren jetzt schon gescheiterten 4-Phasen-Plan von 2014 mit einer Laufzeit bis zum Jahre 2075 aufzugeben.
2. Stattdessen sind die aktiven Salzeinträge in die Werra sofort, wenigstens bis 2027, zu unterbinden und
3. diffuse Salzeinträge in die Werra sind unter Anwendung aller verfügbaren technischen Möglichkeiten und Mittel auf das unerlässliche Minimum zu begrenzen.
4. Für die betroffene Bergbauregion und ihre Menschen ist umgehend ein regionaler Konversionsplan zur Entwicklung der Wirtschaft bzw. Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen umzusetzen, damit die Lebensgrundlagen vor Ort erhalten bleiben.

noch einmal vor, begründet ihn und bittet antragsgemäß zu beschließen.

Herr Stv. Schneider sieht mit dem vorgetragenen Änderungsantrag keine gemeinsame Lösung und trägt als weiteren Änderungsantrag vor, dass nicht die Fraktionen die Resolution unterschreiben, sondern der Stadtverordnetenvorsteher für die Stadtverordnetenversammlung. Außerdem werden mit den Forderungen der SPD-Fraktion die Arbeitsplätze nicht gesichert.

Frau Stv. Strauß erklärt, dass die Umweltschäden in der Werra gravierend seien und plädiert für einen Kompromiss. Auch könne man bestehende Arbeitsplätze in Arbeitsplätze mit umweltfreundlichem Bezug umwandeln und somit erhalten.

Herr Stv. Hölzel nimmt noch einmal zu der eingebrachten Resolution Stellung und appelliert an ein gemeinsames Votum.

Herr Stv. Gassmann erklärt, wenn K + S so weitermache, werden die Arbeitsplätze dadurch auch nicht gerettet und K + S muss Verantwortung übernehmen für Mensch und Umwelt.

Herr Stv. Reyer erklärt, dass sich in der Werra zu viel Abwasser befindet, da K + S sich nicht an die Verträge hält. Die Resolution der Koalition fordere daher nicht genug.

Herr Stv. Schneider erklärt zu der Resolution, dass verschiedene Maßnahmen wegen Unrentabilität nicht ausgeführt wurden.

Ein Vierphasenplan sieht ab 2021 sinkende Grenzwerte vor und die Resolution fordert, diese einzuhalten.

Herr Stv. Reyer widerspricht Herrn Stv. Schneider und erklärt, dass der Vierphasenplan bisher auch nicht eingehalten wurde.

Laut Herrn Stv. Fiege soll EU-Recht angewendet werden und der Vierphasenplan sei kein Gesetzestext.

Nach Abschluss der Diskussion werden über folgende Änderungsanträge abgestimmt:

Beschluss zum Änderungsantrag der SPD-Stv.-Fraktion:

1. Die Hessische Landesregierung wird aufgefordert, ihren jetzt schon gescheiterten 4-Phasen-Plan von 2014 mit einer Laufzeit bis zum Jahre 2075 aufzugeben.

2. Stattdessen sind die aktiven Salzeinträge in die Werra sofort, wenigstens bis 2027, zu unterbinden und
3. diffuse Salzeinträge in die Werra sind unter Anwendung aller verfügbaren technischen Möglichkeiten und Mittel auf das unerlässliche Minimum zu begrenzen.
4. Für die betroffene Bergbauregion und ihre Menschen ist umgehend ein regionaler Konversionsplan zur Entwicklung der Wirtschaft bzw. Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen umzusetzen, damit die Lebensgrundlagen vor Ort erhalten bleiben.

Abstimmungsergebnis:

Abgelehnt

Ja: 14, Nein: 17, Enthaltungen: ---

Beschluss zum Antrag der FWG-Stv.-Fraktion mit dem Änderungsantrag der CDU-Stv.-Fraktion, dass nur Herr Stv.-V. Hamp für die Stadtverordnetenversammlung unterschreibt:

RESOLUTION

„Keine weiteren Ausnahmen oder höhere Einleitungen für Salzabwässer in die Werra“

1. Die Stadtverordnetenversammlung in Eschwege spricht sich entschieden gegen weitere Ausnahmen vom vereinbarten amtlichen Bewirtschaftungsplan aus.
2. Die Hessische Umweltministerin wird aufgefordert, an der festgelegten wasserrechtlichen Erlaubnis, die zuletzt am 30.11.2015 erteilt wurde und die mit zur Einstellung des Vertragsverletzungsverfahrens der EU-Kommission gegen die Bundesrepublik Deutschland wegen Nichteinhaltung der Europäischen Wasserrahmen-Richtlinie (EU-WRRL) eingestellt wurde, unbedingt festzuhalten.

Die Resolution wird von Herrn Stv.-V. Hamp für die Eschweger Stadtverordnetenversammlung allein unterschrieben.

Abstimmungsergebnis:

Beschlossen

Ja: 17, Nein: 14, Enthaltungen: ---

<p>14. Beteiligungsbericht der Kreisstadt Eschwege Berichtszeitraum: 2018</p>
--

<p>Zuständiger Fachbereich: Fachbereich 1.2</p>
--

Dieser TOP stand bereits einmal auf der Tagesordnung für eine Stadtverordnetenversammlung, die durch die Covid-19-Pandemie ausgefallen ist.

Herr Stv. Hölzel (stellvertretender Vorsitzender des Finanzausschusses) berichtet aus dem Ausschuss.

Herr Stv. Gassmann bemängelt die verspätete Bekanntgabe der Beteiligungen aus dem Geschäftsjahr 2018. Gehälter der Geschäftsführer sollten auch genannt werden. Dies wird aber noch in einem späteren Antrag behandelt.

Herr Stv. Hölzel widerspricht den Ausführungen, der Bericht wurde bereits im Februar 2020 im Finanzausschuss bekannt gegeben.

Beschluss:

Kenntnisnahme.

15. Antrag der SPD-Stv.-Fraktion betr. Offenlegung der Gehälter in Eigenbetrieben

Zuständiger Fachbereich: Fachbereich 1.2, Fachbereich 1.1

Herr Stv. Heinz trägt den Antrag der SPD-Stv.-Fraktion vor, begründet ihn und bittet, antragsgemäß zu beschließen. Gehälter von Kommunalen Unternehmen müssen transparent dargelegt sein, er weist dabei auf den Bund der Steuerzahler. Als Ergänzung beantragt er die Überweisung in den Haupt- und Kulturausschuss.

Antragstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge folgenden Beschluss fassen:

Der Magistrat der Kreisstadt Eschwege wird beauftragt zu prüfen, wie und ab wann an geeigneter Stelle eine Offenlegung von Geschäftsführer(innen)gehälter von Gesellschaften mit mehrheitlich kommunaler Beteiligung sowie Eigenbetrieben erfolgen kann.

Begründung:

Kommunale Bedienstete sind Servicedienstleiter/innen für die Einwohner/innen der Kommune, über deren Steuereinkommen diese auch finanziert werden. In diesem unmittelbaren Zusammenhang haben die Bürger/innen das Recht erfahren zu dürfen, zu welchen Bedingungen die entsprechenden Leistungen in der jeweiligen Kommune erbracht werden. Aktuell wissen das nicht einmal alle Mandatsträger/innen. Gleichzeitig bitten wir in diesem Zusammenhang zu berücksichtigen, dass die Tarife im Öffentlichen Dienst für alle zugänglich sind. Viele Gemeinden folgen bereits dem Leitbild vom „Gläsernen Rathaus“ und haben sich der Transparenz gegenüber ihrer Bürger/innen verschrieben. Diesem Leitbild sollte auch die Stadt Eschwege folgen.

Beschluss:

Der Magistrat der Kreisstadt Eschwege wird beauftragt zu prüfen, wie und ab wann an geeigneter Stelle eine Offenlegung von Geschäftsführer(innen)gehälter von Gesellschaften mit mehrheitlich kommunaler Beteiligung sowie Eigenbetrieben erfolgen kann.

Die Angelegenheit wird zur weiteren Beratung in den Haupt- und Kulturausschuss überwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Beschlossen

Ja: 30, Nein: ---, Enthaltungen: 1

16. Antrag der SPD-Stv.-Fraktion betr. Ausbau von Radwegeverbindungen

Zuständiger Fachbereich: Fachbereich 3.2, Fachbereich 3.1, Fachbereich 1.1

Herr Stv. Stolle trägt den Antrag der SPD-Stv.-Fraktion vor, begründet ihn und bittet, antragsgemäß zu beschließen.

Antragstext:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den folgenden Antrag:

1. Der Magistrat der Kreisstadt Eschwege wird beauftragt, sämtliche Radwegeverbindungen in die Kreisstadt auf deren Funktionsfähigkeit zu überprüfen. Dabei soll festgestellt werden, an welchen Stellen zukünftig nachgebessert bzw. gegebenenfalls auch neue Verbindungen geschaffen werden müssen.
2. Prioritär ist hierbei der Focus auf Radschnellwegeverbindungen von und nach Reichensachsen sowie - um Meinhard möglichst direkt an den Eschweger Bahnhof anzuschließen - von und nach Grebendorf zunächst entlang der B 249 bzw. auf dem alten Bahndamm zu legen.
3. Der Magistrat der Kreisstadt Eschwege wird gebeten, sich mit den zuständigen Behörden in Verbindung zu setzen um sich über eine Umsetzung dieser Radwege in und um Eschwege abzustimmen.
4. Die vom Land/Bund in Aussicht gestellten Fördermittel sind für die planerische und bauliche Umsetzung zu beantragen.

Begründung:

Gut und sicher angelegte Radwege sind für viele Menschen in allen Regionen ausschlaggebend, ob sie sich für die Fahrt mit dem Auto oder mit dem Fahrrad entscheiden. Durch eine sichere und attraktive Infrastruktur für Fahrräder können auch bei uns in und um Eschwege Anreize dafür geschaffen werden, dass die Bevölkerung sich morgens für die umweltfreundliche Alternative entscheidet, um beispielsweise an die Arbeit zu kommen. Das Fahrrad kann - sofern hierfür die richtigen Voraussetzungen geschaffen werden - das Verkehrsmittel der Wahl im Berufsverkehr werden. So wird bei der Bevölkerung nicht nur der Anreiz geschaffen, sich mehr zu bewegen und aktiv Gesundheitsvorsorge zu betreiben, sondern wir leisten einen zusätzlichen Beitrag zum Klimaschutz. Das Stichwort ist: Nachhaltige Mobilität.

Von Reichensachsen nach Eschwege zum Beispiel besteht aktuell keine Möglichkeit, schnell und vor allem sicher nach Eschwege zu kommen. Das gleiche gilt zum Beispiel auch für die Orte Langenhain und Weidenhausen. Von hier aus muss man gezwungenermaßen über Umwege in die Kreisstadt fahren.

Herr Bgm. Heppel weist darauf hin, dass in 2019 ein Radwegkonzept beschlossen wurde. Hier habe man bereits Mobilität bei vielen Planungen berücksichtigt und für das Haushaltsjahr 2020 wurden Haushaltsmittel und Fördermittel eingeworben, allerdings seien Termine im Frühjahr wegen der Covid-19-Pandemie ausgefallen, wie z.B. Untersuchung des öffentlichen Parkraumes

*Herr Stv. Schneider bezieht sich auch auf den beschlossenen Antrag von 2019 und trägt einen **Änderungsantrag** vor:*

Die von der Stadtverordnetenversammlung am 23. Mai 2019 beauftragte Fortschreibung des Radwege- und Entwicklung eines Mobilitätskonzepts wird erweitert um den Auftrag, auch die Ertüchtigung der Radwegeverbindungen zu den Nachbarkommunen zu untersuchen und voranzutreiben.

Herr Stv. Gassmann kann keine Haushaltsmittel für die Radwegeplanung im Haushaltsplan 2020 finden. Es wurden auch keine Sofortmaßnahmen ergriffen und die Angelegenheit ist nicht im Ausschuss für Bauen und Umwelt besprochen worden.

Er plädiert für den Antrag der SPD-Stv.-Fraktion. Ebenso vermisst er Radstellplätze in der Innenstadt.

Laut Herrn Stv. Feiertag ist das Thema sehr wichtig, aber in dem Zeitraum von einem Jahr ist nichts geschehen, man müsse den Planungsprozess endlich angehen und Fördermittel beantragen.

Herr Stv. Dr. Bödicker fragt, ob der damalige Antrag im Ausschuss behandelt werden sollte. Dies wird aus der Mitte der Versammlung bejaht.

Beschluss zum Antrag der SPD-Stv.-Fraktion:

1. Der Magistrat der Kreisstadt Eschwege wird beauftragt, sämtliche Radwegeverbindungen in die Kreisstadt auf deren Funktionsfähigkeit zu überprüfen. Dabei soll festgestellt werden, an welchen Stellen zukünftig nachgebessert bzw. gegebenenfalls auch neue Verbindungen geschaffen werden müssen.
2. Prioritär ist hierbei der Focus auf Radschnellwegeverbindungen von und nach Reichensachsen sowie - um Meinhard möglichst direkt an den Eschweger Bahnhof anzuschließen - von und nach Grebendorf zunächst entlang der B 249 bzw. auf dem alten Bahndamm zu legen.
3. Der Magistrat der Kreisstadt Eschwege wird gebeten, sich mit den zuständigen Behörden in Verbindung zu setzen um sich über eine Umsetzung dieser Radwege in und um Eschwege abzustimmen.
4. Die vom Land/Bund in Aussicht gestellten Fördermittel sind für die planerische und bauliche Umsetzung zu beantragen.

Abstimmungsergebnis:

Abgelehnt

Ja: 14, Nein: 17, Enthaltungen: ---

Herr Stv. Montag ist über den gemeinsamen Änderungsantrag der CDU-, FWG- und FDP-Stv.-Fraktion verärgert.

Beschluss zum gemeinsamen Änderungsantrag der CDU-, FWG- und FDP-Stv.-Fraktion:

Die von der Stadtverordnetenversammlung am 23. Mai 2019 beauftragte Fortschreibung des Radwege- und Entwicklung eines Mobilitätskonzepts wird erweitert um den Auftrag, auch die Ertüchtigung der Radwegeverbindungen zu den Nachbarkommunen zu untersuchen und voranzutreiben.

Abstimmungsergebnis:

Beschlossen

Ja: 17, Nein: ---, Enthaltungen: 14

Aufgrund der Hygienevorschriften wird zum Durchlüften des Saales die Sitzung von 20:15 bis 20:30 Uhr unterbrochen.

17. Antrag der SPD-Stv.-Fraktion betr. jährliche Vorlage des Energieberichtes der Kreisstadt Eschwege

Zuständiger Fachbereich: Fachbereich 3.3, Fachbereich 1.1

Frau Stv. Strauß trägt den Antrag der SPD-Stv.-Fraktion vor, begründet ihn und bittet, antragsgemäß zu beschließen.

Antragstext:

1. Der Magistrat stellt dem zuständigen Ausschuss die seit dem Berichtsjahr 2015 ausstehenden Energieberichte der Stadt Eschwege vor.
2. Um eine größtmögliche Öffentlichkeit zu erreichen, werden die Inhalte und die Diskussionen des Ausschusses bzw. dessen notwendige weitergehende und ergänzende Beschlussempfehlungen auch der Stadtverordnetenversammlung zur Abstimmung vorgestellt.
3. Das Produkt „Klimaneutrale Stadt“ ist aufgrund der drastisch gestiegenen Dringlichkeit weiterzuentwickeln und auszuweiten; hierzu ist der jährliche Klimabericht unabdingbare Grundlage.

Begründung:

Der Magistrat der Stadt Eschwege hat 2013 einen ersten Klimabericht der Stadtverordnetenversammlung als Beschlussvorlage vorgelegt.

Der Beschluss sieht vor, dass die Verwaltung jährlich einen Energiebericht erstellt und Vorschläge sowie Maßnahmen formuliert, die in der Stadt Eschwege umgesetzt werden sollen, um damit einen notwendigen Beitrag für den Schutz des Klimas zu leisten.

2016 wurde für den Berichtszeitraum 2012 – 2014 der sogenannten „Energiebericht 2016“ vorgestellt. Seither fehlen die Energieberichte für die Jahre 2015 ff.

Dies entspricht nicht der Beschlusslage aus 2013, weshalb wir den Magistrat bitten, diese ausstehenden Berichte mit entsprechenden Vorschlägen zur CO₂-Reduzierung nachzuliefern und weitere Vorschläge für Anpassungsmaßnahmen bis 2025 zu erstellen.

Herr Bgm. Heppel bestätigt Frau Stv. Strauß die Wichtigkeit des Themas, aber eine Umsetzung nach den bereits vorgelegten Berichten war aus verschiedenen Gründen bisher nicht möglich. Zum einen gab es Probleme mit dem EDV-Programm, zum anderen lagen bisher keine steuerungsrelevanten Daten vor. Auch die bisherige Produktverteilung auf den Fachbereich Immobilienwirtschaft und Stadtwerke sowie deren Zielvereinbarungen müssen neu definiert werden. Aufgrund der Corona-Pandemie musste ein eigens dafür geplanter Führungskräfte- und Zielvereinbarungsworkshop im Frühjahr 2020 abgesagt werden.

Herr Stv. Schneider erklärt, dass der Bürgermeister es bereits erläutert habe, dass der Vorgang schon im Geschäftsgang sei und somit aufgearbeitet wird.

Herr Stv. Grüning würde zustimmen, wenn im Absatz 1 aus der Energiebericht 2015 das Jahr 2019 /2020 definiert wird. Das bisher nichts umgesetzt wurde, bedauert er sehr.

Laut Herrn Stv. Feiertag ist der Ursprungsantrag aus dem Jahr 2013 und es wurde nach 7 Jahren noch kein Konzept vorgelegt.

Laut Frau Stv. Strauß existiert eine Beschlusslage zur Berichterstellung und die Umsetzung soll nun endlich angeschoben werden bekommen. Ansonsten ist sie mit der Änderung auf das Berichtsjahr 2019 einverstanden.

Laut Herrn Stv. Montag sollte das Jahr 2015 die Entwicklung bis heute zeigen. Allerdings haben sich auch die Themen geändert, was ist z.B. mit der Umsetzung „Plastikfreies Eschwege“ geworden?

Beschluss:

1. Der Magistrat stellt dem zuständigen Ausschuss die seit dem Berichtsjahr 2019 ausstehenden Energieberichte der Stadt Eschwege vor.
2. Um eine größtmögliche Öffentlichkeit zu erreichen, werden die Inhalte und die Diskussionen des Ausschusses bzw. dessen notwendige weitergehende und ergänzende Beschlussempfehlungen auch der Stadtverordnetenversammlung zur Abstimmung vorgestellt.
3. Das Produkt „Klimaneutrale Stadt“ ist aufgrund der drastisch gestiegenen Dringlichkeit weiterzuentwickeln und auszuweiten; hierzu ist der jährliche Klimabericht unabdingbare Grundlage.

Abstimmungsergebnis:

Abgelehnt

Ja: 15, Nein: 16, Enthaltungen: ---

Nach der Abstimmung ergibt sich noch eine Diskussion mit dem Ergebnis, dass nur dieser Antrag abgelehnt ist, nicht aber der aus 2013.

18. Gemeinsamer Antrag der CDU-, FWG- und FDP-Stv.-Fraktion betr. Masterplan Jugend des Werra-Meißner-Kreises „Landei2020“

Zuständiger Fachbereich: Fachbereich 2.2, Fachbereich 1.1

Herr Stv. Schneider trägt den gemeinsamen Antrag der CDU-, FWG- und FDP-Stv.-Fraktion vor, begründet ihn und bittet, antragsgemäß zu beschließen.

Antragstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, den „Masterplan Jugend – Strategie für einen jugendgerechten Werra-Meißner-Kreis“ im Ausschuss für Familie und Soziales vorzustellen. Dazu ist der Kreisausschuss beizuladen.

Begründung:

Der Ausschuss für Soziales und Familie des Werra-Meißner-Kreises hat in seiner Sitzung vom 31. Januar 2020 die Annahme dieses Masterplans einstimmig beschlossen. Es ist davon auszugehen, dass auch in der Kreistagssitzung am 18. Februar sich dafür eine Mehrheit findet.

Der „Masterplan Jugend – Strategie für einen jugendgerechten Werra-Meißner-Kreis“ enthält auch viele Forderungen und Denkansätze, die sich eher auf die Ebene der Städte und Gemeinden beziehen. Daher wollen wir als Kreisstadt Eschwege diesen Diskussionsprozess weiterführen, uns informieren um dann die nötigen Folgerungen daraus zu ziehen.

Herr Stv. Gassmann bestätigt die Wichtigkeit des Antragsinhalts.

Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten, den „Masterplan Jugend – Strategie für einen jugendgerechten Werra-Meißner-Kreis“ im Ausschuss für Familie und Soziales vorzustellen. Dazu ist der Kreisausschuss beizuladen.

Abstimmungsergebnis:

Beschlossen

Ja: 30, Nein: ---, Enthaltungen: ---

19. Antrag der SPD-Stv.-Fraktion betr. Fahrradstraße in der Leuchtbergstraße

Zuständiger Fachbereich: Fachbereich 2.1, Fachbereich 1.1
--

Frau Stv. Strauß trägt den Antrag der SPD-Stv.-Fraktion vor, begründet ihn und bittet, antragsgemäß zu beschließen und kurzfristig vor der Sommerpause umzusetzen.

Antragstext:

Der Magistrat der Kreisstadt Eschwege wird beauftragt, die aktuelle Verkehrssituation in der Leuchtbergstraße, besonders den Bereich ab der Straße „Schwarzer Weg“ und dem Ausflugslokal „Felsenkeller“ neu zu bewerten, insbesondere die Einrichtung einer Fahrradstraße zu prüfen und dies im Ausschuss für Bauen und Umwelt zeitnah vorzustellen.

Begründung:

Die Stadt Eschwege hat als Sport- und Urlaubsregion mit der Konzentration an Freizeitangeboten diesen Bereich sehr attraktiv gestaltet und aufgewertet. Pump Track, Sportstudio, Freizeitstationen, Kletterpark, Abenteuerspielplatz und die Leuchtbergbrücke, sowie der Angelsportverein, der Ruderverein und einige Privatgärten sorgen hier für erhöhte Ansammlungen an Mensch und Fahrzeugen. Auf dieser kurzen Strecke, treffen jegliche Verkehrsteilnehmer aufeinander, wie Spaziergänger und besonders viele Familien mit Kindern. Der Bereich wirkt besonders bei bestem Wetter sehr überfordert und birgt für Kinder wegen der Unübersichtlichkeit durchfahrenden und ruhenden Verkehr gefahren, die wir unbedingt abstellen sollten.

Herr Stv. Rüppel erläutert den Begriff Fahrradstraßen, z. B. Sicherheitsabstände und die Straße muss für Anlieger und Besucherverkehr zugelassen sein. In der Leuchtbergstraße ist nach seiner Meinung eine Fahrradstraße nicht möglich. Hier würden die Fahrradfahrer gegenüber allen anderen Verkehrsteilnehmern privilegiert. Die Verwaltung könne auch andere Möglichkeiten der Verkehrsberuhigung etc. prüfen.

Frau Stv. Stolle bittet um eine kurzfristige Lösung, wie die verschiedenen Verkehrsteilnehmer in Einklang gebracht werden können und das Tempo in der Straße reduzieren.

Herr Stv. Schneider erläutert, dass alle sich wünschen, dass mehr Rücksicht genommen wird. Die Situation müsse geprüft werden, z.B. ist die Umsetzung einer Tempo 30-Zone auch möglich.

Laut Herrn Stv. Heinz betont, dass es sich um einen Prüfantrag an den Magistrat richtet. Wenn der Magistrat zu einer anderen Ergebnisvorstellung kommt sei dies auch vertretbar.

Laut Herrn Stv. Fiege ist es ganz sicher, dass die Verkehrswende kommt und man wolle gemeinsam überlegen, welche Maßnahmen ergriffen werden können.

Herr Bgm. Heppe bezieht sich auf einen früheren Antrag betr. Mobilitätskonzept sowie Rahmenplan Torwiese. Dort ist die Straße bereits enthalten und die Maßnahme somit schon im Geschäftsgang.

Herr Stv. Rüppel erklärt, er wollte nur aufzeigen, mit welchen Schwierigkeiten die Einrichtung einer Fahrradstraße einhergeht und somit ein Prüfverfahren notwendig sei.

Seitens der Koalition wird angemerkt, wenn man allerdings den Satzteil „insbesondere die Einrichtung einer Fahrradstraße zu prüfen“ aus dem Antrag herausnimmt, wäre er zustimmungsfähig.

Frau Stv. Strauß stimmt dem Kompromiss nicht zu.

Auch Herr Stv. Heinz will den Zusatz „insbesondere die Einrichtung einer Fahrradstraße zu prüfen“ beibehalten, da der Antrag sonst keinen Sinn mehr ergibt.

Beschluss:

Der Magistrat der Kreisstadt Eschwege wird beauftragt, die aktuelle Verkehrssituation in der Leuchtbergstraße, besonders den Bereich ab der Straße „Schwarzer Weg“ und dem Ausflugslokal „Felsenkeller“ neu zu bewerten, insbesondere die Einrichtung einer Fahrradstraße zu prüfen und dies im Ausschuss für Bauen und Umwelt zeitnah vorzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Abgelehnt

Ja: 14, Nein: 16, Enthaltungen: ---

20. Magistratsbericht

Zuständiger Fachbereich: Fachbereich 1.1

Herr Stv.-V. Hamp erklärt, dass dieser absprachegemäß diesem Protokoll beigelegt wird.

Magistratsbericht vom 05.03.2020:

Im Berichtszeitraum hat der Magistrat in 6 Sitzungen über 60 Punkte beraten:

Der Magistrat hat einen Bericht des Baubetriebshofs zum antragsgemäßen und geplanten Rückschnitt von Heckenpflanzen in Parkanlagen zur Kenntnis genommen.

Der Magistrat hat der temporären Nutzung und Überlassung einer Teilfläche am Nordufer des Werratalsees für den Betrieb der Heimatalm befristet zu den gleichen Konditionen wie im Vorjahr zugestimmt.

Der Magistrat hat sich dem Bekenntnis der Stadtverordnetenversammlung zur Beibehaltung des Eschweger Ausländerbeirats und zur inhaltlichen Stellungnahme zum laufenden Gesetzgebungsverfahren vollinhaltlich angeschlossen, damit geht das Schreiben mit dem Votum sämtlicher städtischer Gremien nach Wiesbaden.

Der Magistrat hat über die städtebauliche Situation der E-Parkplätze vor der Marktkirche beraten und bittet die Verwaltung um Vorschläge. Ferner wurde über die personelle Situation kleinerer Stadtteilfeuerwehren beraten und die Unterstützung signalisiert.

Der Magistrat hat in einer Angelegenheit des Gewerberechts beraten und die Ordnungsverwaltung zum Thema der Reisegewerbekarten angehört.

Der Magistrat hat den Festzeltbetrieb für das Johannistfest 2020 an die Zeltverleih Rheinhardt GbR vergeben und der Überlassungsvereinbarung zugestimmt.

Der Magistrat hat sich mit der Nachnutzung von erdgeschossigen Flächen im Innenstadtbereich befasst und Sicherheitsfragen in Bezug auf bestehende Stützwände im Stadtrandgebiet erörtert. Ferner Sachstandsberichte zu laufenden Maßnahmen im Fachbereich Tiefbau zur Kenntnis genommen.

Der Magistrat hat den Bericht zur Sozialraumuntersuchung und Streetwork mit den Pädagogen der Werkstatt für junge Menschen inhaltlich erörtert und beraten, den Bericht zur Kenntnis genommen und auf Grundlage der Erkenntnisse sich gegen eine dauerhafte mobile Jugendarbeit ausgesprochen. Vielmehr soll aus dem Präventionsbudget gezielt aufsuchende Arbeit bei Vorliegen erheblicher Konflikte und Auffälligkeiten im Öffentlichen Raum angestoßen werden. Hierüber soll dann in den Gremien berichtet werden. Der Magistrat hat diesen Punkt zur Kenntnisnahme an den Ausschuss für Familie und Soziales überwiesen.

Der Magistrat hat dem Verkauf eines Bauplatzes in der Landrat Höhne Straße zugestimmt. Der Magistrat hat bezüglich abgängiger Gebäude am Stadtrandbereich einen Sachstandsbericht beim Werra-Meißner-Kreis angefordert.

Der Magistrat hat die beiden heute auf der TO behandelten Bebauungsplanänderungen beraten, der StaVo die Beschlussfassung empfohlen und dem Ausschuss für Bauen und Umwelt zur Beratung überwiesen.

Der Magistrat hat den Programmantrag 2020 für den Stadtumbau „Altstadtquartiere und Brückenhäuser“ beraten und zur Beschlussfassung an die Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen weitergeleitet.

Der Magistrat hat sich mit der Verkehrssituation am Kreisel/Bahnhof im Zusammenhang mit der Neueröffnung der Verkaufsstelle einer Backwarenfabrik befasst.

Der Magistrat hat sich mit der Vermietung des Rathaussaales an Externe befasst und die Nutzungsrichtlinien überarbeitet und geändert.

Der Magistrat hat den Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2017 sowie den Beteiligungsbericht der Kreisstadt Eschwege zur Kenntnis genommen und zur Vorbereitung des Stadtverordnetenbeschlusses an den Finanzausschuss überwiesen.

Der Magistrat hat zugestimmt, eine im Stadtumbau I geschlossene Zuwendungsvereinbarung im Bereich der Engen Gasse aufzuheben und das Projekt mit Mitteln des Stadtumbaus II zu fördern.

Der Magistrat hat sich mit der Verurteilung des BM der Gemeinde Neukirchen befasst und wird hierzu nach Vorliegen einer schriftlichen Urteilsbegründung und Rücksprache mit dem HSGB ggf. weitere Schritte prüfen.

Der Magistrat hat den Jahresabschluss der Hinterlegungsstelle beraten und zur Kenntnis genommen.

Der Magistrat hat die heute behandelten Satzungsentwürfe in Bezug auf die Hebesätze und Steuern beraten und zur Beschlussfassung an die Stadtverordnetenversammlung weitergeleitet.

Der Magistrat hat sich mit der Stellplatzsituation in der Marktstraße auseinandergesetzt und dem Antrag einer Gastronomie auf Ausweitung der Außenbestuhlung zugestimmt.

Der Magistrat hat in mehreren Grundstücksangelegenheiten über die Veräußerung einer Kleinstparzelle, eine vereinfachte Umlegung im Bereich Sudetenlandstraße beraten sowie zwei Bauplätze veräußert.

Ferner hat der Magistrat nachfolgend genannte Aufträge vergeben, wobei die Summe wieder gerundet vorgetragen wird, die genauen Beträge entnehmen Sie bitte dem Protokoll.

Auftragsvergaben

- KITA-Neubau „westliches Bahnhofsgelände“ Nieder- und Mittelspannungsanlagen	241.014,60 €
- Vergabe von Ingenieurleistungen über die Objektplanung für Ingenieurbauwerke zur Vorbereitung der Baumaßnahme Sanierung der Betonflächen des ZKW Eschwege, 6. BA – Sanierung Vorklärbecken und Regenüberlaufbecken	11.489,20 €
- Umnutzung weiterer Teilbereiche des ehemaligen westlichen Bahnhofsgeländes in Eschwege; 3. BA Erdarbeiten zur Flächenegalisierung zwecks einer oberflächen-geophysikalischen Untersuchung	58.326,36 €
- Umnutzung eines Teilbereiches des ehemaligen westlichen Bahnhofsgeländes in Eschwege; 3. BA Oberflächen-geophysikalische Untersuchung westlich des ehemaligen Bahngeländes	42.334,25 €
- Umnutzung eines Teilbereiches des ehemaligen westlichen Bahnhofsgeländes in Eschwege; 3. BA Bergung von Verdachtspunkten westlich des ehemaligen Bahngeländes	10.245,90 €
- Vergabe der Tiefbauarbeiten zur Kanalerneuerung in der Pestalozzistraße und Beethovenstraße einschließlich Oberflächenwiederherstellung	375.553,38 €
Gesamtsumme:	738.963,69 €

Magistratsbericht vom 24.06.2020:

Im Berichtszeitraum hat der Magistrat in 12 Sitzungen (davon 2 im Umlaufverfahren und 4 virtuellen Sitzungen) über 86 Punkte beraten:

Der Magistrat hat für eine Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahme in der Friedrich-Wilhelm-Straße einen Kostenerstattungsbetrag bis zu 195.000 Euro aus Sanierungsmitteln Stadtbahnhof/Bahnhofsumfeld zur Verfügung gestellt und beschlossen, mit den Eigentümern eine entsprechende Modernisierungsvereinbarung abzuschließen.

Der Magistrat hat eine kommunale Zuwendung in Höhe von 18.259,83 € aus dem Programm „Bauen im Bestand“ der KAG „Mittleres Werratal – Stadtumbau West(alt)“ gewährt für Sanierungsarbeiten in einem Gebäude in der Netergasse.

Der Magistrat wurde über die Klärschlammbehandlung im Zentralklärwerk informiert, ihm wurden die aktuellen Maßnahmen inkl. Ausblick berichtet in Bezug auf die Klärschlammwässerung und den Lauf der Beprobungen in Bezug auf multiresistente Keime.

Der Magistrat hat beschlossen, die Erhebung für Kindertagesbetreuungsgebühren für den Monat April auszusetzen.

Der Magistrat wurde über geltende Kurzarbeitsregelungen in Bezug auf Kindertagesstätten informiert.

Er hat einer außerplanmäßigen Auszahlung für die Beschaffung Hardware (Server), Betriebssystem und Aktualisierung des zentralen Prozessteuerungs- und Visualisierungssystems in Höhe von 28.000 € zugestimmt (nach §100 HGO in Verbindung mit §7 der Haushaltssatzung des Haushalts 2019 und nach Ziffer 3.13 der Budgetierungsrichtlinie der Kreisstadt Eschwege).

Der Magistrat hat vom Vorkaufsrecht nach BauGB im Rahmen der Sanierung „Brückenhausen“ für ein Grundstück in der Brückenstraße keinen Gebrauch gemacht. Mit dem Eigentümer soll eine Zusammenarbeit im Anreizprogramm „Bauen im Bestand II“ im Rahmen der Städtebauförderung angestrebt werden.

Der Magistrat hat als Erleichterungen für die Abgabepflichtigen während der Corona-Krise angeregt, auch das Aussetzen der Sondernutzungsgebühren seitens der Ordnungsverwaltung zu prüfen und umzusetzen.

Aufgrund der Corona-Pandemie hat der Magistrat Kenntnis genommen, dass sich der Versand der Grund- und Gewerbesteuerbescheide aufgrund der Steuererhöhung verzögert, außerdem wurde so in der kritischen Anfangsphase die Zahlungsfähigkeit der Steuerpflichtigen aufrechterhalten. Mit Stundungen und weiteren Hilfen soll der Fachbereich Finanzen nachsichtig umgehen.

Vorbehaltlich der Zustimmung der Wibank hat der Mag. einen Zuschuss von bis zu 20.000 Euro zu den Abbruchkosten im Rahmen eines sanierungsrechtlichen Ordnungsmaßnahmenvertrags des Sanierung Stadtbahnhof/Bahnhofsumfeld für ein Grundstück in der Hindenlangstraße gewährt.

Der Magistrat hat die Fortsetzung der Aussetzung der Gebührenerhebung in Kindertagesstätten beschlossen für nicht betreute Kinder bis zum Ende der Notbetreuung und bittet die freien Träger dieses analog umzusetzen.

Für eine Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahme in der Bremer Straße hat der Magistrat einen Kostenerstattungsbetrag bis zu 19.999,99 Euro aus Stadtumbaumitteln im Rahmen des Anreizprogramms „Bauen im Bestand II“ zur Verfügung gestellt.

Im Rahmen des Programms Wachstum und nachhaltige Erneuerung (ehemals Stadtumbau) Eschwege – Altstadtquartiere und Brückenhausen hat der Magistrat beschlossen: Für den Neubau eines Hotels auf der Insel „Müllers Weiden“ wird ein Kostenerstattungsbetrag bis zu 240.000 Euro aus Städtebaufördermitteln zur Verfügung gestellt, für die Freiraumgestaltung bis zu 350.000 Euro. Die Auflagen des Bewilligungsbescheids vom 20.04.2020 sind einzuhalten. Mit dem Eigentümer ist eine entsprechende Modernisierungsvereinbarung (Weiterleitungs- und Gestattungsvertrag) abzuschließen. Die Auszahlung der förderfähigen Kosten für den Neubau des Hotels und der Freiraumgestaltung werden nur dann gewährt, wenn alle getroffenen Auflagen und Pflichten der Modernisierungsvereinbarung erfüllt werden.

Der Magistrat hat den Antrag auf Gewährung einer Kommunalen Zuwendung aus dem interkommunalen Förderprogramm „Bauen im Bestand“ der kommunalen Arbeitsgemeinschaft „Mittleres Werratal“ – für ein Gebäude in der Töpfergasse in Höhe von 5.631,94 Euro gewährt.

In Bezug auf Kurzarbeit in Kindertageseinrichtungen – Fortsetzung der Diskussion zur Magistratssitzung vom 30.03.2020 hat der Mag. beschlossen: Der Magistrat stimmt bei einem erneuten Lock-Down grundsätzlich der Beantragung von Kurzarbeit zu.

Der Magistrat stimmt einer Antragstellung für das Programm Gemeinwesenarbeit in Hessen für die beiden Projekte „Koordinierungs- und Beratungsstelle Familienbüro“ und „Engagierte Nachbarschaft Struth“ zu.

Der Magistrat wurde über Qualitätsverbesserungen in der Kindertagesbetreuung im Zusammenhang mit dem Gute-Kita-Gesetz und der in Beratung befindlichen Änderungen des HKJGB informiert, hat dazu beschlossen: Kenntnisnahme und Zustimmung zum Verfahren des stufenweisen Ausbaus. Im Rahmen des nächsten Trägertreffens ist das Thema „Personalbindung / vorübergehende Personalüberhänge zur langfristigen Personaldeckung“ auf die TO zu nehmen. Die Angelegenheit ist dem Ausschuss für Familie und Soziales zur Kenntnis zu geben.

Der Magistrat hat dem Verkauf von Grundstücken in der Jestädter Straße in der Gemarkung Niederhonne im Gewerbegebiet an der Jestädter Straße / Im Kahren mit gesamt ca. 1.442,00 m² zugestimmt. Alle im Zusammenhang mit der Eigentumsübertragung entstehenden Kosten gehen zu Lasten des Erwerbers.

Der Magistrat hat dem Antrag auf Gewährung einer Kommunalen Zuwendung aus dem interkommunalen Förderprogramm „Bauen im Bestand“ der kommunalen Arbeitsgemeinschaft „Mittleres Werratal“ für ein Grundstück in der Hospitalstraße zugestimmt und hierfür einen Zuwendungsbetrag in Höhe von 6.224,00 Euro auf der Grundlage der vorgelegten Kostenangebote beschlossen.

Der Magistrat wurde über ein Anwohneranliegen zur Überdachung der Bushaltestelle Cyriakusstraße informiert und daraufhin beschlossen: Für die Errichtung der Buswartehalle soll eine Förderung in Anspruch genommen werden; insofern erfolgt der Bau der Bushaltestelle nach erfolgter Bewilligung und rechtskräftigem Haushaltsplan erst im Jahr 2021.

Der Magistrat wurde über die Entwicklung des Baugebiets „Höhenweg“ und „Südlich des Höhgrabens“ informiert und hat den Kaufpreis für das Baugebiet „Höhenweg“ auf 95,00 €/m² inkl. Erschließungskostenbeitrag zzgl. Hausanschlusskosten festgesetzt. Für die genannten Grundstücke, die mit einer Grunddienstbarkeit/Kanalleitungsrecht belastet sind, wird ein Kaufpreisabschlag von 1.000,00 € pauschal je betreffenden Bauplatz gewährt. Einem möglichen Abschluss eines Ablösevertrages auf der Basis des Erschließungskostenanteiles in Höhe von 67,00 €/m² für den am Umlegungsverfahren beteiligten privaten Bauplatzeigentümer hat der Magistrat zugestimmt und ferner beschlossen Der Kaufpreis für das Baugebiet „Südlich des Höhgrabens“ bleibt unverändert bei 54,00 €/m².

Der Magistrat hat dem Verkauf eines Bauplatzes in der Landrat-Höhne-Str. zugestimmt.

Der Magistrat hat bei der Beschaffung von Feuerwehrfahrzeugen einer Abweichung vom Bedarfs- und Entwicklungsplan zugestimmt in Bezug auf die Beschaffung eines HLF 20 MAZE für die Feuerwehr Eschwege und dem StLF 20 für die Feuerwehr Eltmannshausen. Entsprechende Förderanträge sind zu stellen.

Im Rahmen des Programms Wachstum und nachhaltige Erneuerung (ehemals Stadtumbau) Eschwege – Altstadtquartiere und Brückenhausen hat der Mag. einer Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahme am Schlossplatz zugestimmt und hat einen Kostenerstattungsbeitrag in Höhe von 19.999,00 Euro aus dem Anreizprogramm zur Verfügung gestellt.

Außerdem hat der dem Antrag auf Gewährung einer Kommunalen Zuwendung aus dem interkommunalen Förderprogramm „Bauen im Bestand“ der kommunalen Arbeitsgemeinschaft „Mittleres Werratal“, für ein Gebäude am Obermarkt zugestimmt.

Zur Umnutzung eines Gartengrundstückes zu einem Waldkindergarten in Eschwege; Am Leuchtberg/Schützenweg hat der Magistrat, um den Verein zu unterstützen, der Befreiung vom Anschluss- und Benutzerzwang gemäß § 4 (3) der Entwässerungssatzung der Kreisstadt Eschwege auf Grundlage des vorgelegten Entsorgungskonzepts als Ausnahme für das Grundstück Leuchtberg/Schützenweg (Flur 11, Flurstück 1) zugestimmt.

Der Magistrat hat eine Absichtserklärung der Kreisstadt Eschwege über eine Bewerbung für die 3. Staffel des Förderprogramms „Modellprojekt Smart Cities“ als interkommunale Kooperation ab 2021 abgegeben.

Der Magistrat hat dem Verkauf eines Bauplatzes am Bürgermeister-Rudolph-Ring zugestimmt.

2. Bekanntgabe der über- und außerplanmäßigen Aufwendungen nach § 100 HGO i. V. mit § 7 der Haushaltssatzung für das Jahr 2019

Folgende außerplanmäßigen und überplanmäßigen Auszahlungen für Investitionsmaßnahmen wurden im Haushaltsjahr 2019 im Magistrat beschlossen:

Lfd. Nr.	apl. / üpl.	Inv.-Nr.	Beschluss Magistrat	Bezeichnung	Betrag
1.	üpl.	4102000001	30.09.2019	Anschaffung eines Multifunktionsgerät im FB 3.1	9.000 €
2.	üpl.	4104002007	09.12.2019	Barrierefreier Ausbau von 5 Bushaltestellen	33.500 €

3. Auftragsvergaben

- KITA-Neubau „westliches Bahnhofsgelände“
 - Gerüstbauarbeiten 35.138,90 €
 - Estricharbeiten 72.975,32 €
 - Fliesenarbeiten 97.944,52 €
 - Trockenbauarbeiten 223.489,77 €
- Errichtung einer Tauchplane zur Abtrennung eines Badebereiches am Südufer des Werratalsees
 - Herstellung und Montage der Plane, vorläufig 33.290,25 €
 - Lieferung und Errichtung der Schwimmkörper 13.418,13 €
 - Einbringung und Verankerung der Schwimmkörper 12.843,43 €
- Anschluss der Kläranlage Albungen an das Zentralklärwerk Eschwege
 - Verlegung der Abwasserdruckleitung je eine Firma 44.323,95 €
 - Verlegung der Abwasserdruckleitung 165.071,26 €
 - Ingenieurleistungen über die umweltfachliche Baubegleitung 6.747,30 €

- KITA-Neubau „westliches Bahnhofsgelände“ mobile Trennwand Außenputzarbeiten	18.972,91 € 101.126,35 €
- Beauftragung einer Fachkanzlei für die Begleitung des Ausschreibungsverfahrens zur Neuvergabe der Strom-, Gas- und Wasserkonzessionen	56.680,00 €
- Umnutzung weiterer Teilbereiche des ehem. westl. Bahnhofsgeländes, 3. BA, Auftragsweiterung für den Ausbau vorh. Fundamente und Anlagen zur Vorbereitung der Bodenuntersuchung und Entsorgung der Altlasten	44.013,34 €
- Herstellung und Montage der Fundamente im Uferbereich für die Errichtung einer Tauchplane am Südufer des Werratalsees	40.000,07 €
- Hangsicherung „Stützwand Kirchberg“, Ingenieurleistungen über die Objektplanung für Ingenieurbauwerke sowie die örtliche Bauüberwachung	15.600,00 €
- Umnutzung weiterer Teilbereiche des ehem. westl. Bahnhofsgeländes, Auftragsweiterung über den Ausbau und Entsorgung von vorh. Fundamenten und Anlagen begleitende Sondierungsarbeiten und evtl. Bergung von Verdachtspunkten	10.674,30 €
Ausbau von vorh. Fundamenten und Anlagen sowie Entsorgung der Altlasten	201.000,00 €
- Kanalsanierung in der Pestalozzistraße und im Teilbereich der Beethovenstraße, Auftragsweiterung für die Ingenieurleistungen	15.884,40 €
Gesamtsumme:	1.209.194,20 €

21. Anregungen

21.1 Leuchtbergbrücke

Zuständiger Fachbereich: Fachbereich 3.2

Frau Stv. Stolle bezieht sich auf eine frühere Anregung und bittet, den Belag auf der genannten Brücke wegen Stolpergefahr zu entfernen.

Herr Stv.-V. Hamp schließt die Sitzung um 21:22 Uhr.

**UNTERSCHRIFTSBLATT ZUR NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE
SITZUNG DER STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG
AM 24.06.2020**

gez. Claus Hamp

Claus Hamp
(Stadtverordnetenvorsteher)

gez. Volker Jatho

Volker Jatho
(Schriftführer)